

Merkblatt zur Anwendung des § 13 HSpielhG

A. Erlaubnisvoraussetzungen

Nach § 13 HSpielhG können bis zu drei Spielhallen, die bereits am 1. Januar 2020 in einem baulichen Verbund mit weiteren Spielhallen gestanden haben, auf gemeinsamen Antrag der Betreiberinnen und Betreiber für Spielhallen für einen Übergangszeitraum bis zum 30. Juni 2032 eine glücksspielrechtliche Erlaubnis erhalten.

Dafür müssen alle Betreiberinnen und Betreiber von Verbundspielhallen nach § 13 Abs. 1 Satz 1 HSpielhG bis zum 31. Dezember 2023 einen gemeinsamen Antrag auf Erteilung von Erlaubnissen für jede im Verbund stehende Spielhalle unter den neuen gesetzlichen Voraussetzungen stellen. Dabei müssen folgende Anforderungen vollständig erfüllt sein:

- Die betreffenden Spielhallen standen bereits seit dem 1. Januar 2020 im baulichen Verbund.
- Sie werden tatsächlich noch betrieben.
- Im Zeitpunkt der Entscheidung über den Antrag liegt keine bestandskräftige Untersagung oder Ablehnung eines Erlaubnisantrages vor.
- Der gemeinsame Antrag der Betreiberinnen und Betreiber erfolgt für maximal drei verbundene Spielhallen.
- Alle Spielhallen wurden von einer akkreditierten Prüforganisation (DAkKS) zertifiziert.
- Die Betreiberinnen bzw. Betreiber (bei juristischen Personen die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer) legen einen durch Schulung im Umfang von mindestens zehn Unterrichtsstunden nach § 13 Abs. 6 HSpielhG erworbenen Sachkundenachweis vor.
- In der Schulung der Betreiberinnen und Betreiber wurde insbesondere auch über die besondere Sach- und Rechtslage einer Verbundspielhalle aufgeklärt.
- Die Schulung hat bei einer hessischen Fachberatung des Landesprojekts „Glücksspielsuchtprävention und -beratung“ oder einer anderen öffentlich geförderten Suchthilfeeinrichtung stattgefunden.
- Das übrige Personal einschließlich der Umsetzungsverantwortlichen wird nach § 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 in Verbindung mit § 13 Abs. 7 HSpielhG besonders geschult; das heißt jede Schulung hat die Information über die Besonderheiten und Herausforderungen von Verbundspielhallen im Vergleich zu Einzelspielhallen zu enthalten.
- Die Betreiberin bzw. der Betreiber verpflichtet sich, während der Öffnungszeiten wenigstens eine besonders geschulte Person als Aufsicht in einer Spielhalle anwesend zu haben.
- Die Überwachung der weiteren Spielhallen wird nachweislich durch gleich geeignete Maßnahmen (zum Beispiel Videoüberwachung) sichergestellt.
- Zutritt wird nachweislich nur Spielerinnen und Spielern gewährt, die das 21. Lebensjahr vollendet haben.

B. Verfahrensablauf

Wir empfehlen den zuständigen Kommunen und Kreisen folgendes weiteres Vorgehen:

- Anschreiben aller Verbundspielhallen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich mit Hinweis auf die neue Gesetzesregelung betreffend Verbundspielhallen inklusive
 - Information über das Erlöschen der Erlaubnisse aller im jeweiligen Verbund befindlichen Spielhallen mit Ablauf des 31.12.2023, sofern bis dahin nicht ein gemeinsamer Antrag von maximal 3 Spielhallen aus dem Verbund auf Erteilung einer Erlaubnis mit dem Hinweis auf die o.g. Anforderungen gestellt werden sollte.
 - Information, dass ein solcher Antrag spätestens bis zum Ablauf des 31. Dezember 2023 inklusive aller erforderlichen Nachweise vorliegen muss, damit eine Erlaubnis noch erteilt werden kann.
 - Mitteilung, dass die neuen Erlaubnisse nach § 13 Abs. 1 Satz 1 HSpielhG bei Erfüllung der Anforderungen bis längstens 30. Juni 2032 erteilt werden können.

Dabei gilt zu beachten:

- Die Erlaubnisse aller 3 im Verbund befindlichen Spielhallen sollten nunmehr einheitlich befristet werden. Gegebenenfalls vorher bestehende alte unterschiedlich lange Erlaubnisse verlieren ihre Gültigkeit.
- Eine Erlaubnis kann nur für maximal 3 Spielhallen im Verbund erteilt werden und die Erlaubnisse weiterer Spielhallen in dem Verbund erlöschen.
- Die Erlaubnisse sind mit Widerrufsvorbehalt zu erteilen.

C. Praktische Vorgehensweise im Fall von Verzögerungen

Im Einzelfall kann es vorkommen, dass Betreiberinnen bzw. Betreiber wegen terminlicher oder ähnlicher nicht selbst verursachter Probleme zum Stichtag 31. Dezember 2023 einzelne Anforderungen bzw. Nachweise, insbesondere die Zertifizierung oder einzelne Schulungen, nicht vorweisen können. In einem solchen Fall wird den zuständigen Behörden anheimgestellt, in die Erlaubnis eine Nebenbestimmung in Form einer Auflage oder auflösenden Bedingung mit einem Zeitpunkt aufzunehmen, bis zu dem die fehlenden Voraussetzungen nachweislich nachgeholt sein müssen. Dabei ist zu betonen, dass eine solche Vorgehensweise nur bei **nachgewiesener unverschuldeter** nicht rechtzeitiger Erbringung der Nachweise erfolgen kann. Verschuldensabhängige Versäumnisse gehen zu Lasten der Antragsteller und führen dann zur Ablehnung des Antrags.